

„Die Atomwirtschaft in NRW: Bedeutung und Aktivitäten“ Auswertung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 32 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Atomausstieg ist zum Greifen nah. Ende 2022 werden die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen und damit die Ära der kommerziellen Stromerzeugung durch Kernenergie in Deutschland enden. Abgeordnete der GRÜNEN Landtagsfraktion haben in den vergangenen Jahren mit diversen Kleinen Anfragen zu unterschiedlichen Teilaspekten, wie der Entwicklung eingelagerter Atommüllmengen oder Atomtransporten, zur Transparenz dieses Sektors beigetragen. Viele Informationen werden jedoch weiterhin nur auf Nachfrage veröffentlicht. Über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Aktivitäten gibt es bisher gar keine detaillierten öffentlichen Informationen. Darum hat die GRÜNE Landtagsfraktion eine Große Anfrage mit etwa 200 Fragen an die Landesregierung gestellt. In NRW ist schon seit über 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Betrieb. Und doch verdienen Unternehmen heute und auch nach dem Atomausstieg 2022 in NRW mit der kommerziellen Atomkraft viel Geld. Gleichzeitig werden wir als Gesellschaft in Deutschland und in NRW noch viele Jahre viel Steuergeld aufwenden müssen, um mit den Hinterlassenschaften umzugehen – wie aus der Antwort der Landesregierung hervor geht.

An mehreren Orten wird nuklearer Abfall in NRW behandelt und gelagert, es finden hunderte an Atomtransporten pro Jahr durch NRW statt und in Würgassen soll ein weiterer Standort der Atomwirtschaft mit dem Bau eines Bereitstellungslagers/Logistikzentrums für schwach- und mittelradioaktiven Abfall entstehen. Die Mehrzahl dieser Standorte sind notwendig für den verantwortungsvollen Umgang mit den Hinterlassenschaften der kommerziellen Atomenergienutzung. Ganz anders verhält es sich beispielsweise mit der Urananreicherungsanlage in Gronau. Diese Anlage reichert Uran an, das zu Brennelementen für Atomkraftwerke auf der ganzen Welt weiterverarbeitet wird. Diese Anlage steht daher dem Ziel des deutschen Atomausstiegs im Wege und muss schnellstmöglich geschlossen werden.

Hier die wichtigsten Erkenntnisse aus der Antwort der Landesregierung:

Wirtschaftliche Bedeutung:

- Im Jahr 2019 betrug die Wertschöpfung von Unternehmen aus der Atomwirtschaft in NRW **ca. 350 Mio. Euro**.
- Die Zahl der Beschäftigten stieg zwischen 2018 und 2020 um 152 auf **1723**, das ist ein Plus von 10 Prozent.

Kosten für Rückbaumaßnahmen:

- Für den Rückbau der Atomanlagen am Forschungszentrum Jülich wurden bisher fast 570 Mio. Euro öffentliche Gelder aufgewendet, wovon **113 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt** stammten. Insgesamt wird die Sanierung dort etwa 1,2 Mrd. Euro (Aufteilung: 90 Prozent Bund, 10 Prozent Land NRW) kosten und **weitere 64 Mio. Euro Landesmittel** verschlingen.

- Der Umgang mit dem Reaktor (THTR 3000) in Hamm hat bisher ca. 440 Mio. Euro gekostet, von denen **152 Mio. Euro Landesmittel** waren. Die Aufteilung weiterer, noch ausstehender Kosten zwischen Land, Bund und Unternehmen in Höhe von **312 Mio. Euro** ist offen. Über einen Vertrag für die Zeit ab 2023 wird aktuell verhandelt.
- Zusammen werden der Rückbau in Jülich und in Hamm nach aktuellen Prognosen ca. 2 Milliarden Euro kosten.
- Der Rückbau des ehemaligen Atomkraftwerks Würgassen wird vollständig vom Unternehmen Preußen Elektra finanziert.

Atommülllagerung

- Die eingelagerte Menge Atom Müll hat sich im Jahr 2020 erneut erhöht. An den Standorten Jülich, Gronau, Ahaus und Krefeld stieg sie um zusammen **583 Tonnen**.
- Bei der endlosen Geschichte um die Brennelemente aus dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich geht es nur schleppend voran: Alle drei Optionen (Transport nach Ahaus, Export in die USA oder Neubau eines Zwischenlagers in Jülich) scheinen weiterhin nicht kurzfristig realisierbar.

Atomtransporte

- Die Anzahl der Atomtransporte ist im Jahr 2020 um 47 Prozent zurückgegangen.
- Interessant ist, dass die transportierte Masse nicht im selben Maße abgenommen hat und nur neun Prozent niedriger lag, als im Jahr 2019.

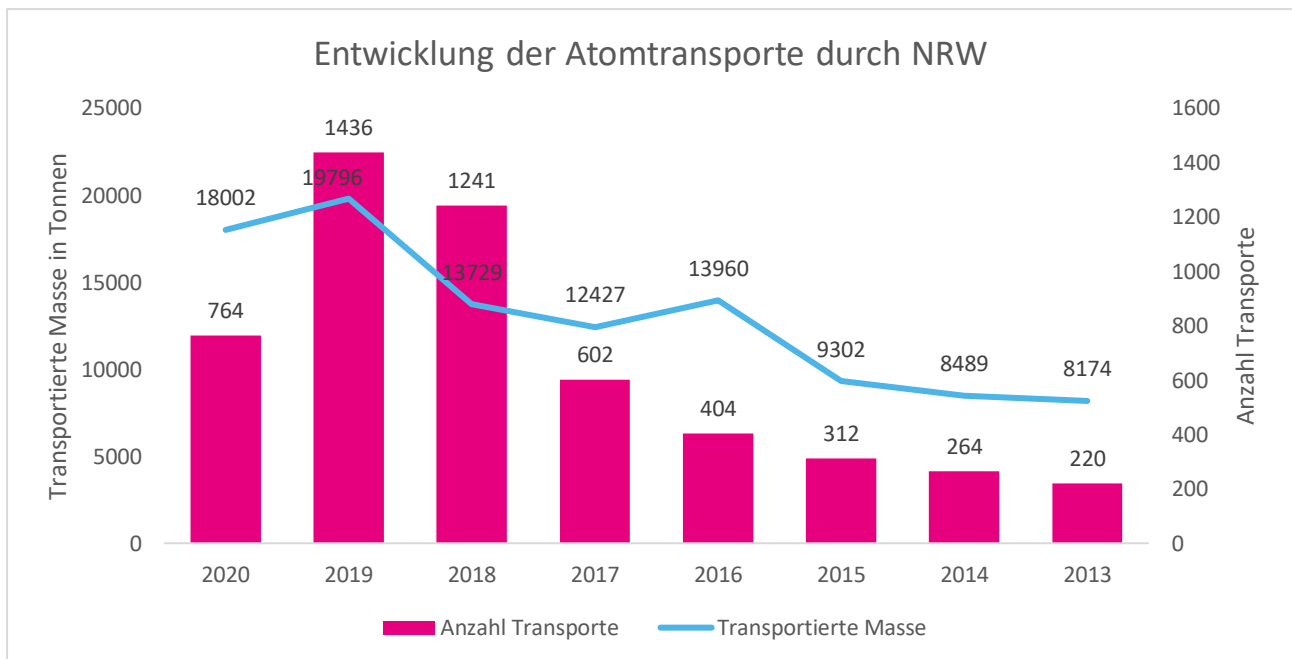


Abbildung 1: Entwicklung der Atomtransporte durch NRW zwischen 2013 und 2020 (Quellen: diverse Antworten auf Kleine Anfragen in den vergangenen Jahren und die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Die Atomwirtschaft in NRW: Bedeutung und Aktivitäten“)

- Die rechtlich fragwürdigen Exporte von angereichertem Uranhexafluorid von der Urananreicherungsanlage in Gronau nach Russland haben weiter zugenommen. Das angereicherte Uranhexafluorid gilt nur durch eine rechtliche Ausnahme nicht als Atom Müll, sondern als Wertstoff und darf deshalb exportiert werden. Es spricht allerdings vieles dafür, dass in Russland keine kommerzielle Nutzung stattfindet, sondern die Transporte einzig der

kostengünstigen Entsorgung dienen. Diese Transporte waren für 50 Prozent des Transportaufkommens und 85 Prozent der Atom-Exporte aus NRW verantwortlich. Einziger Lichtblick ist, dass aktuell keine weiteren Transporte geplant sind, notwendig wäre allerdings eine rechtliche Klarstellung, die diese Exporte verbietet.

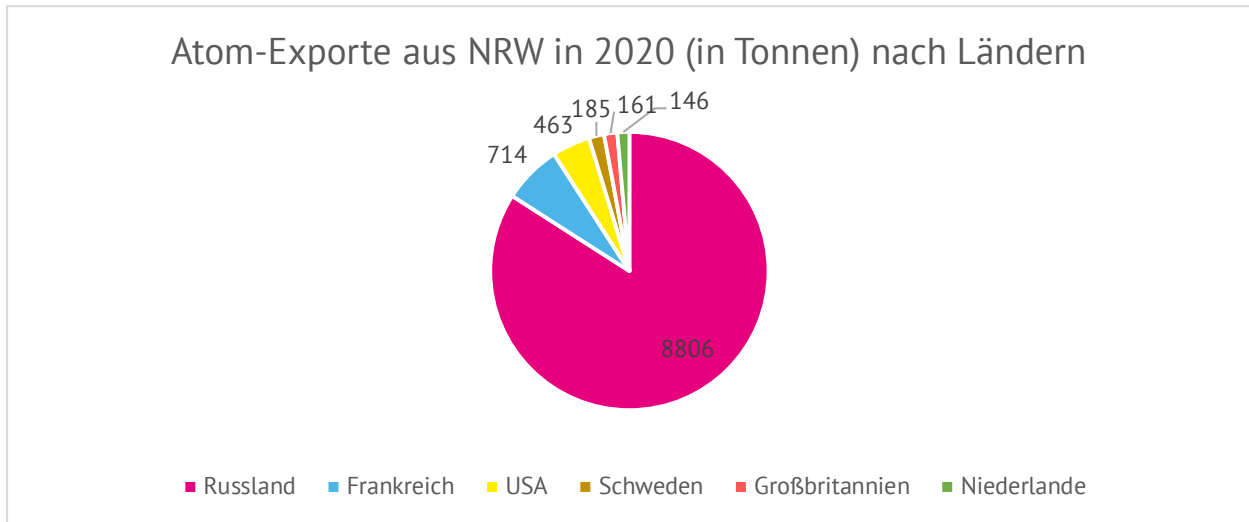


Abbildung 2: Atom-Exporte aus NRW im Jahr 2020 ((in Tonnen) nach Ziel-Ländern Quellen: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Die Atomwirtschaft in NRW: Bedeutung und Aktivitäten)

Logistikzentrum Würgassen

- In Bezug auf das geplante Logistikzentrum bleiben viele Fragen offen. Klar wird allerdings, dass technische und bauliche Anpassungen am Gleisanschluss vorgenommen werden müssen, damit die geplanten Atommülltransporte abgewickelt werden können
- Ein Genehmigungsantrag soll von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung bereits im zweiten Halbjahr 2021 gestellt werden.
- Wie zwischenzeitlich bekannt wurde, möchte die Landesregierung in einem gemeinsamen Gutachten mit Niedersachsen die grundsätzliche Notwendigkeit für ein solches Logistikzentrum prüfen lassen.¹

Bewertung

„Vom nahenden Atomausstieg ist in NRW kaum etwas zu sehen. Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass viele Fragen zum Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften immer noch ungeklärt sind. Der Export von Atommüll nach Russland oder die endlose Hängepartei um die sichere Lagerung der Atomkugeln aus Jülich sind Beispiele für mangelndes Verantwortungsbewusstsein.

In NRW stehen mit dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich und dem THTR-Reaktor in Hamm zwei Mahnmale für die großen Atomträumereien der Vergangenheit. Fast zwei Milliarden Euro wird uns als Gesellschaft der Rückbau nach aktuellen Schätzungen kosten. Den Landeshaushalt werden alleine diese zwei Projekte mit hunderten Millionen Euro belasten. Vollkommen unklar

¹<https://wibke-brems.de/2021/05/06/was-genau-unternimmt-die-landesregierung-zum-geplanten-atommuelllager-in-wuergassen/>

ist weiterhin die künftige Lagerung der abgebrannten Brennelemente des AVR-Versuchsreaktors in Jülich. Eine Lösung für die Atomkugeln ist noch immer nicht in Sicht. Wir sind weiterhin der Meinung, dass der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich die verantwortungsvollste Option wäre, sofern die Anforderungen an den Erdbeschutz vollumfänglich sichergestellt werden können. Alle Beteiligten von Bund, Land und Unternehmen schieben sich die Verantwortung hin und her. Dieses unwürdige Schauspiel muss ein Ende haben. Dafür tragen, sowohl die JEN GmbH, als auch die beteiligten Stellen in der Bundes- und Landesregierung gemeinsam die Verantwortung.

Die Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt auch, dass in NRW weiterhin mit der Atomkraft viel Geld verdient wird, obwohl hier seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz ist. Allein im Jahr 2019 wurden etwa 350 Millionen Euro in privaten Unternehmen erwirtschaftet, während das atomare Erbe den Haushalt schwer belastet. Erstaunlich sind die Zahlen zur Anzahl der Arbeitsplätze in der Atomwirtschaft. Sie stiegen innerhalb von nur zwei Jahren um zehn Prozent auf zuletzt mehr als 1.700.

Wie in den Vorjahren sticht die Urananreicherungsanlage in Gronau bei den Urantransporten hervor. Sie ist für etwa die Hälfte der transportierten Atommasse in NRW im vergangenen Jahr verantwortlich und für fast 85 Prozent der Exporte. Dahinter verbergen sich zum Großteil die unverantwortlichen Exporte von als Wertstoff deklariertem Atommüll nach Russland. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Urenco die von Putin abgeriegelten Atomstädte nicht länger als billiges Endlager nutzt. Die Urananreicherungsanlage in Gronau muss schnellstmöglich geschlossen werden, sonst bleibt der Atomausstieg Stückwerk.“